

Anträge

Die Kläger beantragen,

- die Entscheidungen der Anstellungsbehörde des Europäischen Parlaments, mit denen ihnen das Tagegeld nach Art. 10 des Anhangs VII des Statuts verwehrt wurde, aufzuheben;
- dem Beklagten die Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Kläger stützen ihre Klage auf einen Verstoß gegen Art. 71 des Statuts und Art. 10 des Anhangs VII des Statuts.

Klage, eingereicht am 18. März 2008 — Carvalho Garcia/Rat

(Rechtssache F-40/08)

(2008/C 183/65)

Verfahrenssprache: Portugiesisch

Parteien

Klägerin: Daniela Carvalho Garcia (Sines, Portugal) (Prozessbevollmächtigter: F. Antas da Cunha, Rechtsanwalt)

Beklagter: Rat der Europäischen Union

Streitgegenstand und Beschreibung des Rechtsstreits

Aufhebung der Entscheidung des Rates über die Versagung der Schülerbeihilfe für die Tochter der Klägerin

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die endgültige Entscheidung der Direktion Personal des Rates der Europäischen Union von 16. November 2007 aufzuheben und zu entscheiden, dass sie durch eine neue Entscheidung zu ersetzen ist, mit der für das Schuljahr 2006/2007 die Schülerbeihilfe für ihre Tochter gewährt wird.

Klage, eingereicht am 16. April 2008 — Spee/Europol

(Rechtssache F-43/08)

(2008/C 183/66)

Verfahrenssprache: Niederländisch

Parteien

Kläger: David Spee (Rijswijk, Niederlande) (Prozessbevollmächtigter: P. de Casparis, Rechtsanwalt)

Beklagter: Europäisches Polizeiamt (Europol)

Streitgegenstand und Beschreibung des Rechtsstreits

Aufhebung der Entscheidung von Europol, mit der die Ausschreibung einer Stelle, für die sich der Kläger beworben hatte, zurückgezogen und später nochmals veröffentlicht wurde, sowie Schadenersatz

Anträge

Der Kläger beantragt,

- die Entscheidung, die aufgrund einer Beschwerde am 7. Januar 2008 ergangen ist, sowie die zugrunde liegenden Entscheidungen vom 20. Juni 2007 und vom 6. Juli 2007, die Stelle des First Officer in der Abteilung IMT 1 Infrastructure Unit erneut auszuschreiben und ihn nicht zu ernennen, aufzuheben;
- Europol zu verurteilen, eine gerechte Lösung für die Lage zu finden, in der er sich aufgrund der unvorsichtigen und verfehlten Entscheidung befindet;
- Europol zu verurteilen, ihm Schadenersatz bis zu einem Betrag von netto 5 000 Euro zu leisten;
- Europol die Kosten aufzuerlegen.

Klage, eingereicht am 19. Mai 2008 — Giannini/Kommission

(Rechtssache F-49/08)

(2008/C 183/67)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Kläger: Massimo Giannini (Brüssel, Belgien) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte L. Levi und C. Ronzi)

Beklagte: Kommission der Europäischen Gemeinschaften